

Datenschutzinformationen für Bewerberinnen und Bewerber

Informationen zum Datenschutz über die Verarbeitung von Bewerberdaten auf der Grundlage der Art. 12 ff. DSGVO durch die Stadtverwaltung Wörth am Rhein im Rahmen des Verfahrens zur Personalauswahl und Stellenbesetzung

Liebe Bewerberin, lieber Bewerber,

wir freuen uns über Ihr Interesse an der von uns ausgeschriebenen Stelle und einer Tätigkeit in unserer Stadtverwaltung. Gemäß den Vorgaben der Art. 13 f. der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) informieren wir Sie in diesem Informationsblatt transparent, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen zu welchen Zwecken erheben, wie wir die Daten verarbeiten und wie wir sie schützen, damit Sie die Zulässigkeit der Datenverarbeitung bewerten können. Ebenso erhalten Sie Informationen über Ihre diesbezüglichen Rechte.

Um zu gewährleisten, dass Sie in vollem Umfang über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Bewerbungsprozesses informiert sind, nehmen Sie bitte nachstehende Informationen zur Kenntnis. Mit dem Absenden Ihrer Bewerbung stimmen Sie der in dieser Datenschutzerklärung beschriebenen Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu. Der Schutz und vertrauensvolle Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten während des Bewerbungsprozesses ist uns besonders wichtig. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO und dem Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LDStG). Mit „wir“ oder „Stadtverwaltung“ ist im Folgenden die Stadtverwaltung Wörth am Rhein gemeint.

Weitere Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei dem Besuch unserer Website, insbesondere hinsichtlich technischer Nutzungsdaten, entnehmen Sie bitte unserer allgemeinen Datenschutzerklärung (https://www.woerth.de/sv_woerth/Datenschutz/).

Name und Kontaktdaten der für die Datenverarbeitung verantwortlichen öffentlichen Stelle (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Wörth am Rhein
vertreten durch den Bürgermeister
Mozartstraße 2
76744 Wörth am Rhein
Telefon: (+49) 07271 / 131-0
Telefax: (+49) 07271 / 131-131
E-Mail: webredaktion@woerth.de
Internet: https://www.woerth.de/sv_woerth/

Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Die Stadtverwaltung Wörth am Rhein hat einen behördlichen Datenschutzbeauftragten bestellt, welcher per E-Mail erreichbar ist unter datenschutz@woerth.de sowie unter nachfolgenden Kontaktdaten:

Stadtverwaltung Wörth am Rhein
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Mozartstraße 2
76744 Wörth am Rhein

Als von der Datenverarbeitung betroffene Person können Sie den Datenschutzbeauftragten zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung Ihrer Rechte gemäß der DSGVO im Zusammenhang stehenden Fragen zu Rate ziehen.

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

(Art. 15 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Im Rahmen des Bewerbungsprozesses werden Daten über Ihre Person erhoben, erfasst, gespeichert, verarbeitet, abgefragt, genutzt, übermittelt usw.

Diese Daten, die Sie uns im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung übermitteln, können sein:

- allgemeine personenbezogene Daten z. B. Vorname und Nachname, Titel, Anrede, Anschrift, Geburtsdaten, Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse), Staatsangehörigkeit
- Angaben zu Ihrer beruflichen und akademischen Qualifikation und Schulausbildung einschl. entsprechender Zeugnisse
- Angaben zum beruflichen Werdegang einschl. entsprechender Arbeitszeugnisse
- besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO, insbesondere Gesundheitsdaten gemäß Art. 4 Ziff. 15 DSGVO: Angaben zu einer etwaig vorliegenden Schwerbehinderung und Grad der Schwerbehinderung
- ggf. weitere Daten, z. B. besondere Kompetenzen, Angaben zu persönlichen Vorstellungen zum Arbeitsplatz (Arbeitsbeginn, bevorzugter Einsatzbereich, bevorzugte Arbeitszeit), Gehaltsvorstellungen, persönliche Interessen, Lichtbild (soweit freiwillig angegeben), familiäre Verhältnisse (soweit freiwillig angegeben)

Wir empfehlen Ihnen, im Rahmen Ihrer Bewerbung nur solche personenbezogenen Daten anzugeben, die zur Durchführung der Bewerbung erforderlich sind. Persönliche Daten, die Sie an uns übermitteln, sollten keine besonderen Kategorien personenbezogener Daten enthalten (Angaben über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit, Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung, genetische oder biometrische Informationen).

Sollten besondere Angaben aufgrund der zu besetzenden Position, wie bspw. ein polizeiliches Führungszeugnis oder das Ergebnis einer Eignungsuntersuchung, erforderlich sein, so werden wie Sie gesondert im Bewerbungsprozess darüber informieren und diese Informationen einholen.

Zwecke, für die Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten durch die Stadtverwaltung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c, Art. 15 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Sämtliche von Ihnen im Rahmen der Bewerbung angegebenen personenbezogenen Daten, einschließlich der sich aus allen von Ihnen beigefügten Anlagen ergebenden Daten, werden von der Stadtverwaltung ausschließlich zum Zwecke der Bearbeitung und Prüfung Ihrer Bewerbung verarbeitet, mit dem Ziel, Ihre Eignung für die von uns angebotene Stelle zu ermitteln. Die personenbezogenen Daten von Bewerberinnen und Bewerbern dürfen für Zwecke des Bewerbungsverfahrens verarbeitet werden, wenn dies für die Entscheidung über die Eingehung eines Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses mit uns erforderlich ist. Die Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO, Art. 88 DSGVO in Verbindung mit § 20 Abs. 1 LDSG, bei Gesundheitsdaten insb. zum Vorliegen einer etwaigen Schwerbehinderung zusätzlich Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO in Verbindung mit § 20 Abs. 3 LDSG.

Erteilen Sie uns eine ausdrückliche Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke, bildet diese Einwilligung die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO, Art. 7 DSGVO, Art. 88 DSGVO in Verbindung mit § 20 Abs. 2 LDSG). Ihre freiwillig erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden (siehe Abschnitt „Ihre Rechte als betroffene Person“ Unterabschnitt „Recht auf Widerruf von erteilten Einwilligungen“ dieser Datenschutzzinformation).

Die bei medizinischen oder psychologischen Untersuchungen und Tests zum Zweck der Feststellung der Eignung erhobenen Daten dürfen wir gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO, Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO Art. 88 DSGVO in Verbindung mit § 20 Abs. 6 LDSG speichern, verändern oder nutzen, wenn dies für Zwecke der Eingehung oder Durchführung eines Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist.

Kommt es zu einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zwischen Ihnen und uns, können wir gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO, Art. 88 DSGVO in Verbindung mit § 20 Abs. 1 LDSG die bereits von Ihnen erhaltenen personenbezogenen Daten für Zwecke des Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses weiterverarbeiten, soweit dieses für die Eingehung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung des Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses oder zur Durchführung innerdienstlicher, planerischer, organisatorischer, personeller, sozialer oder haushalts- und kostenrechnerischer Maßnahmen, insbesondere zu Zwecken der Personalplanung und des Personaleinsatzes, erforderlich ist oder in einer Rechtsvorschrift, einem Tarifvertrag oder einer Dienst- oder Betriebsvereinbarung (Kollektivvereinbarung) vorgesehen ist. Weitere Informationen erhalten Sie im Rahmen des Einstellungsverfahrens vom Personalbereich.

Berechtigte Interessen, die von der Stadtverwaltung verfolgt werden

(Art. 13 Abs. 1 lit. d DSGVO)

Wir können personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten, sofern dies zur Abwehr von geltend gemachten Rechtsansprüchen aus dem Bewerbungsverfahren gegen uns erforderlich ist, zum Beispiel im Rahmen einer Beweispflicht in einem Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Sofern wir zur Durchsetzung unserer Ansprüche gegen Sie selbst gezwungen sind, anwaltliche oder gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, müssen wir (zu Zwecken der Rechtsverfolgung) die dafür notwendigen Daten zu Ihrer Person offenlegen.

Herkunft Ihrer personenbezogenen Daten

(Art. 14 Abs. 2 lit. f, Art. 15 Abs. 1 lit. g DSGVO)

Wir verarbeiten im Regelfall nur solche personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung stehen. Hierbei handelt es sich um Daten, die wir im Rahmen der Kontaktaufnahme bzw. Ihrer Bewerbung von Ihnen postalisch oder über unser Bewerbungsformular erhalten bzw. die Sie uns über Bewerbungsformulare von Jobbörsen übermitteln. Die entsprechenden Daten erheben wir in diesen Fällen bei Ihnen selbst aufgrund Ihrer Angaben.

Soweit dies für die Vertragsbeziehung mit Ihnen und die von Ihnen ausgesprochene Bewerbung erforderlich ist und wir die Daten nach gesetzlichen Vorgaben verarbeiten dürfen, können wir neben den von Ihnen angegebenen Daten auch Daten von Dritten (z. B. Stellenvermittlung oder Agentur für Arbeit) zulässigerweise erhalten haben.

Bei medizinischen oder psychologischen Untersuchungen und Tests zum Zweck der Feststellung der Eignung dürfen wir von der untersuchenden Ärztin oder dem untersuchenden Arzt die Übermittlung des Ergebnisses der Eignungsuntersuchung und dabei festgestellter Risikofaktoren verlangen.

Notwendigkeit der Angabe Ihrer Personalien/ Bestehen einer Erforderlichkeit zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DSGVO)

Die Bereitstellung personenbezogener Daten im Rahmen von Bewerbungsprozessen ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben. Sie sind somit nicht verpflichtet, Angaben zu Ihren personenbezogenen Daten zu machen.

Bitte beachten Sie jedoch, dass diese für die Entscheidung über eine Bewerbung bzw. einen Vertragsabschluss in Bezug auf ein Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis mit uns erforderlich sind. Soweit Sie uns keine personenbezogenen Daten bereitstellen, können wir keine Entscheidung zur Begründung eines Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses treffen.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern Ihrer personenbezogenen Daten

(Art. 13 Abs. 1 lit. e, Art. 15 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Zweckbestimmung unter Beachtung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. etwaiger vorliegender Einwilligungserklärungen verarbeitet.

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten innerhalb unserer Stadtverwaltung ausschließlich an die Bereiche und Personen weiter, die diese Daten zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten bzw. zur Umsetzung unseres berechtigten Interesses benötigen, z. B. Personalabteilung, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung, weitere über die Stellenbesetzung entscheidungsberechtigte Gremien sowie der Fachbereich, in dem die jeweilige Stelle zu besetzen ist.

Eine Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der Stadtverwaltung erfolgt nur, soweit gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder gebieten, die Weitergabe zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen erforderlich ist oder uns Ihre Einwilligung vorliegt.

Weiterhin arbeiten wir mit verschiedenen Unternehmen zusammen, die für die Stadtverwaltung z. B. im Rahmen der IT Dienstleistungen nach Art. 28 DSGVO (Auftragsverarbeitung) erbringen. Eine Auftragsverarbeitung charakterisiert sich dadurch, dass wir uns als verantwortliche öffentliche Stelle (Verantwortlicher im Sinne von Art. 4 Ziff. 7 DSGVO) Dienstleistungsunternehmen bedienen, die unter engen Vorgaben lediglich weisungsgebunden, d. h. in völliger Weisungsabhängigkeit, mit den Daten umgehen. Dies hat zur Folge, dass der Datentransfer zwischen der Stadtverwaltung und dem externen Dienstleistungsunternehmen nicht als Datenübermittlung verstanden wird. Für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Dienstleister ist in dieser Konstellation der Auftragsverarbeitung regelmäßig keine weitere Rechtsgrundlage erforderlich als diejenige, auf die die Stadtverwaltung selbst die Verarbeitung stützt. Wir stellen in diesem Zusammenhang sicher, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt.

Übermittlung Ihrer Daten in ein Land außerhalb der EU/des EWR

(Art. 13 Abs. 1 lit. f, Art. 15 Abs. 1 lit. c, Art. 15 Abs. 2 DSGVO)

In der Regel werden Ihre personenbezogenen Daten innerhalb Deutschlands, der Europäischen Union (EU) oder des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) verarbeitet. In allen diesen Ländern besteht aufgrund der DSGVO ein hohes einheitliches Datenschutzniveau, wonach Ihre Daten umfangreich geschützt sind. Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

Sofern die Stadtverwaltung Auftragsverarbeiter bzw. der Auftragsverarbeiter Unterauftragnehmer in einem Land außerhalb der EU oder des EWR einsetzt, stellt die Stadtverwaltung die Einhaltung der

diesbezüglichen Vorgaben der DSGVO sicher, insbesondere gemäß Art. 44 ff. DSGVO, wobei der Datentransfer zwischen der Stadtverwaltung und dem externen Dienstleistungsunternehmen in diesen Fällen nicht als Datenübermittlung verstanden wird.

Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden, bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a, Art. 15 Abs. 1 lit. d DSGVO)

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange dies für die Entscheidung über Ihre Bewerbung erforderlich ist. Ihre personenbezogenen Daten bzw. Bewerbungsunterlagen einschließlich Ihrer Profildaten werden maximal 180 Tage nach Beendigung des Bewerbungsverfahrens (z. B. der Bekanntgabe der Absageentscheidung) gelöscht, sofern nicht eine längere Speicherung rechtlich erforderlich oder zulässig ist. Die Speicherdauer von maximal 180 Tagen ergibt sich dabei insbesondere aus Art. 15 Abs. 4 AGG in Verbindung mit § 61b ArbGG und Art. 17 Abs. 3 lit. e DSGVO, wonach gemäß Art. 15 Abs. 4 AGG ein abgelehnter Bewerber einen Anspruch auf Schadensersatz bei einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot innerhalb einer Frist von zwei Monaten schriftlich geltend machen muss. Die Frist beginnt im Falle einer Bewerbung mit dem Zugang der Ablehnung und in den sonstigen Fällen einer Benachteiligung zu dem Zeitpunkt, im dem der oder die Mitarbeitende von der Benachteiligung Kenntnis erlangt. Nach § 61b Abs. 1 ArbGG muss eine Klage auf Entschädigung nach § 15 AGG innerhalb von drei Monaten, nachdem der Anspruch schriftlich geltend gemacht worden ist, erhoben werden.

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten darüber hinaus nur, soweit dies gesetzlich oder im konkreten Fall zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, insbesondere wegen eines bereits anhängigen oder wahrscheinlich zu erwartenden Rechtsstreits, erforderlich ist für die Dauer des Rechtsstreits.

Für den Fall, dass Sie einer längeren Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten zugestimmt haben, speichern wir diese nach Maßgabe Ihrer Einwilligungserklärung.

Kommt es im Anschluss an das Bewerbungsverfahren zu einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis, Ausbildungsverhältnis oder Praktikantenverhältnis, werden Ihre Daten, soweit erforderlich und zulässig, zunächst weiterhin gespeichert und anschließend in die Personalakte überführt.

Gegebenenfalls erhalten Sie im Anschluss an das Bewerbungsverfahren eine Einladung zur Aufnahme in unseren Bewerberpool. Dies erlaubt uns, Sie auch in Zukunft bei passenden Vakanzen bei unserer Bewerberauswahl zu berücksichtigen. Liegt uns eine entsprechende Einwilligung Ihrerseits vor, werden wir Ihre Bewerbungsdaten nach Maßgabe Ihrer Einwilligung bzw. ggf. zukünftigen Einwilligungen in unserem Bewerberpool speichern.

Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

(Art. 13 Abs. 2 lit. f, Art. 15 Abs. 1 lit. h DSGVO)

Eine ausschließliche automatisierte Entscheidungsfindung findet statt, wenn Entscheidungen über Sie auf technischem Wege und ohne menschliches Eingreifen getroffen werden. Sie können sogar ohne Profiling vorgenommen werden.

Gemäß Art. 22 DSGVO haben Sie das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

Dieses gilt nicht, wenn die Entscheidung

- für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen der betroffenen Person und der verantwortlichen öffentlichen Stelle erforderlich ist,

- aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen die verantwortliche öffentliche Stelle unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person enthalten oder
- mit ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen Person erfolgt.

Die Stadtverwaltung nutzt keine Verarbeitungsprozesse einschließlich Profiling, bei denen auf technischem Wege automatisiert und ohne menschliches Eingreifen eine Entscheidung herbeigeführt werden würde, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfalten oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigen würde, z. B. über die Durchführung einer Behandlung. Sollten wir diese Verfahren im seltenen Einzelfall dennoch einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Ihre Rechte als betroffene Person

(Art. 13 Abs. 2 lit. b, c, d, Art. 15 Abs. 1 lit. e, f DSGVO)

Aus der DSGVO stehen Ihnen sogenannte Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber der Stadtverwaltung geltend machen. Diese sind im Einzelnen:

- **Recht auf Bestätigung und Auskunft** (Art. 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, von der Stadtverwaltung eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dieses der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft zu von Ihnen durch die Stadtverwaltung verarbeiteten personenbezogenen Daten sowie zu den weiteren in Art. 15 Abs. 1 DSGVO aufgeführten Informationen.

Gem. Art. 15 Abs. 3 DSGVO steht Bewerberinnen und Bewerbern ein Anspruch auf Datenkopien zu. Diese können Bewerberinnen und Bewerbern auf einem Datenträger oder in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

- **Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung** (Art. 16 DSGVO)

Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Im Falle unvollständiger Daten haben Sie unter Berücksichtigung des Zwecks das Recht, die Vervollständigung zu verlangen.

- **Recht auf Löschung ("Recht auf Vergessenwerden")** (Art. 17 DSGVO)

Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Daten zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten dem entgegenstehen. Bitte beachten Sie, dass die Stadtverwaltung bestimmte Daten für die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben ggf. für einen bestimmten Zeitraum aufbewahren muss.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten, z. B. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Prüfung durch die Stadtverwaltung. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.

- **Recht auf Mitteilung** (Art. 19 DSGVO)

Die Stadtverwaltung teilt allen Empfängern, denen personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Die Stadtverwaltung unterrichtet Sie über diese Empfänger, wenn Sie dieses verlangen.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit** (Art. 20 DSGVO)

Sie haben das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und Sie haben das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln.

- **Recht auf Widerruf von erteilten Einwilligungen** (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO, Art. 7 DSGVO, Art. 88 DSGVO in Verbindung mit § 20 Abs. 2 LDSG beruht, die Sie der Stadtverwaltung gegenüber erklärt haben, dann steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Diese Erklärung können Sie – schriftlich/per Mail/Fax – an die Stadtverwaltung richten. Einer Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Ihr Widerruf gilt allerdings erst ab dem Zeitpunkt, zu dem dieser der Stadtverwaltung zugeht. Er hat keine Rückwirkung. Die Verarbeitungen Ihrer Daten, die vor dem Widerruf erfolgt sind, bleiben bis zu diesem Zeitpunkt rechtmäßig.

- **Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht** (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, die auf Grund der nachstehenden Vorschriften erfolgt:

- Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die der verantwortlichen öffentlichen Stelle übertragen wurde oder
- die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen der verantwortlichen öffentlichen Stelle oder eines Dritten erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt.

Dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Falls Sie Widerspruch einlegen, verarbeitet die Stadtverwaltung Ihre personenbezogenen Daten in diesem Fall nicht mehr, es sei denn, die Stadtverwaltung kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann jeweils formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

Stadtverwaltung Wörth am Rhein
Mozartstraße 2
76744 Wörth am Rhein

oder per E-Mail an: datenschutz@woerth.de

- **Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde** (Art. 77 DSGVO)

Unabhängig davon, dass es Ihnen auch freisteht, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Das Beschwerderecht besteht unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Sie können dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. Die für die Stadtverwaltung Wörth am Rhein zuständige datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz
Telefon: +49 (0) 6131 8920-0
Telefax: +49 (0) 6131 8920-299
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de
Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>

Bewerbungsformulare von Jobbörsen

Einige Jobbörsen bieten eigene Bewerbungsformulare an, damit Bewerberinnen und Bewerber bei weiteren Bewerbungen über die dortige Stellenbörse auf ihre bei dem jeweiligen Anbieter gespeicherten Daten zurückgreifen können. Nutzen Sie das Apply-Formular des Anbieters der Jobbörse, um sich auf eine Stelle in der Stadtverwaltung zu bewerben, werden Ihre Daten grundsätzlich – unabhängig von einer Weiterleitung an uns – unter Akzeptanz der eigenen Datenschutzbestimmungen des Anbieters der Jobbörse in seinen Datenbanken gespeichert. In diesem Fall ist das für die Verarbeitung der Daten verantwortliche Unternehmen der Anbieter der jeweiligen Jobbörse. Im Regelfall stimmt die Bewerberin bzw. der Bewerber mit den dortigen Datenschutzbestimmungen zu, dass ihre bzw. seine Daten an Konzerngesellschaften des Anbieters sowie an Arbeitgeber und an externe Dienstleister mit dem Zweck der Datenspeicherung weitergegeben werden dürfen. Auch nach der Übertragung an uns bleiben Ihre Bewerberdaten somit weiterhin auf Servern des Anbieters der Jobbörse gespeichert. Ein Löschbegehren einer Bewerberin oder eines Bewerbers, das an die Stadtverwaltung gestellt wird, hat nur Auswirkung auf die Daten nach der Übertragung von dem Anbieter der Jobbörse an uns und wird nicht an den Anbieter der Jobbörse weitergeleitet. Um Ihre Daten bei dem Anbieter der Jobbörse zu löschen, müssen Sie sich mit Ihrem Löschbegehren unmittelbar an den jeweiligen Anbieter der Jobbörse wenden.

Allgemeine Hinweise

Sie sind allein für den Inhalt der eingestellten Texte verantwortlich. Die Informationen, die Sie uns übermitteln, müssen der Wahrheit entsprechen, dürfen keine Rechte Dritter, öffentlich-rechtliche Vorschriften oder die guten Sitten verletzen ("Unzulässige Inhalte"). Beachten Sie bitte auch, dass Sie uns gegen sämtliche Forderungen schadlos halten, die uns aufgrund von Informationen mit unzulässigen Inhalten entstehen und die uns von Ihnen übermittelt wurden.

Wir haben angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten getroffen. Bitte stellen Sie dennoch sicher, dass Sie uns keine Dateianhänge mit Schadsoftware wie z. B. mit Viren oder Würmern zusenden. Bitte verwenden Sie

bei der Übermittlung von Dateianhängen über unser Bewerbungsformular ausschließlich das PDF-Format.

Der Zugang zu unserer Webseite ist grundsätzlich zu jeder Tages- und Nachtzeit möglich. Aufgrund einer Überlastung in Stoßzeiten oder aufgrund erforderlicher Wartungsarbeiten kann es jedoch zu kurzfristigen Ausfällen des Bewerbungsformulars oder einzelner Dienste kommen, sodass wir nicht gewährleisten können, dass das Angebot zu bestimmten Zeiten zur Verfügung steht. Störungen, Unterbrechungen oder einen etwaigen Ausfall des Online-Angebots schließen wir nicht aus. Daraus resultieren keine Schadensersatzansprüche des Nutzens gegen die Stadtverwaltung Wörth am Rhein. Soweit Daten an uns - gleich in welcher Form - übermittelt werden, empfehlen wir Ihnen, hiervon Sicherheitskopien zu fertigen.

Wir behalten uns vor, unser Bewerbungsformular jederzeit zu ändern, zu erweitern, zu beschränken oder ganz einzustellen.

Weiterhin möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass das Bewerbungsformular nur für gesetzmäßige Zwecke benutzt werden darf. Untersagt sind Handlungen, die die Lauffähigkeit, Stabilität oder Sicherheit des Computersystems, des Netzwerkes oder Dritten beeinträchtigen. Derartige Handlungen sind verboten und werden zivil- und strafrechtlich geahndet. Die Eingabe falscher oder irreführender Informationen ist nicht gestattet. Auch die Registrierung unter fremden Namen, sowie ungerechtfertigte Mehrfachregistrierungen unter verschiedenen Namen sind nicht zulässig.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die uns papierhaft übersandten Bewerbungsunterlagen nach Abschluss des Verfahrens nicht zurückgeschickt, sondern datenschutzgerecht vernichtet werden. Wir bitten Sie daher, ausschließlich Kopien der Bewerbungsunterlagen einzureichen. Im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

Änderungen dieser Datenschutzhinweise

Wir sind berechtigt, diese Datenschutzerklärung jederzeit und ohne vorherige Mitteilung zu aktualisieren oder zu ändern. Das bestehende Datenschutzniveau wird dabei jedoch in jedem Fall beibehalten. Die jeweils aktuelle Datenschutzhinweise für Bewerberinnen und Bewerber finden Sie abrufbar unter https://www.woerth.de/sv_woerth/Karriere%20&%20Ausbildung/Karriere/.